



DIE GRÜNEN

AUS DEM INHALT:

Was bewegt	2
Vorbild Güssing	3
Aktuelles zum Verkehr	4
Halbzeit im Landtag	5
Integrationsleitbild	6
Bachwanderung	7
Klimawandel	8

Impressum:

Die GRÜNEN Ried
 Bahnhofstraße 20/1, 4910 Ried im Innkreis
 Tel./Fax.: 07752/87483, e-mail: ried@gruene.at
 www.ried.gruene.at
 Redaktionsteam:
 Max Gramberger, Dr. Wolfgang Pirker
 Fotos: Die GRÜNEN RIED

Druck: Schusterbauers Druckservice
 Griesgasse 6a, 4910 Ried im Innkreis
 www.schusterbauer.cc

DER GRÜNSPECHT

Die Zeitung der GRÜNEN Ried / lfd. Nr. 88 / Frühling 2007

Weltfrauentag 2007

Die Grünen Bezirk Ried 

FRAUEN FILMABEND
Weltfrauentag

STAR MOVIE
Ried-Tumeltsham
Do. 8. 3. 2007

18.00 Uhr: GRABAVICA
Österr./Bosn./Kroat./Deutschl.
2005, 90 min, OmU
Regie: Jasmila Zbanic

Der einfühlsam gemachte und aufwühlende Film der jungen Regisseurin Jasmila Zbanic aus Bosnien erzählt von Esmā, einer Frau, die im Bosnienkrieg in einem Lager vergewaltigt wurde und ein Kind bekommt. Die Erinnerungen hinter sich zu lassen und ihrer pubertierenden Tochter ein normales Heranwachsen zu ermöglichen, ist das Ziel der Mutter im vom Krieg gezeichneten Sarajevo.

Zeit für Pausengespräche

20.30 Uhr: VOLVER
Spanien 2006, 120 min, DF
Regie: Pedro Almodóvar

Der Film erzählt von zwei Schwestern, die sich durch ihren Alltag kämpfen, spielt unter einfachen Frauen zwischen Madrid und der Region La Mancha, in bescheidenen Wohnungen, in der Bar nebenan und beim Frisör. Er verschränkt eine Familiengerechten Frauengeschichten voller Wärme und Witz. Missbrauch, Mord und Niedertracht plätzen herein und werden durch verschiedene Arten von Anteilnahme aufgefangen.

Kommen Sie zum Frauenfilmabend und genießen wir gemeinsam die Atmosphäre.

**Eintritt: Frauen € 4.00
Männer € 6.00
pro Film**

e-mail: bezirk.ried@gruene.at

Liebe FilmfreundInnen!

Zum ersten Mal im neuen STAR MOVIE Kino laden wir GRÜNE anlässlich des Internationalen Weltfrauentages wieder zu zwei grandiosen und aktuellen Filmen ein. Der unterschiedliche Eintrittspreis steht nach wie vor symbolisch für die auseinanderklaffende Einkommensschere zwischen Frauen und Männern.

Deshalb treten wir GRÜNE ein für mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze, zeitgemäße Qualifikationen, partnerschaftliche Familienmodelle und ausreichende Kinderbetreuungsplätze. Damit Frauen eine faire Chance auf Gleichberechtigung erhalten!



Fraktionsvorsitzender Max Gramberger

Was uns bewegt

Sehr geehrte LeserInnen!

Wir leben in einer sehr bewegten Zeit. Diese bewegt uns und auch wir wollen bewegen. Deswegen machen wir Politik und setzen uns für oder auch gegen etwas ein. Und wir wollen informieren. Und deswegen machen wir nach wie vor regelmäßig den Grünspecht. Eine Auswahl uns bewegender Themen finden Sie wieder in dieser Ausgabe. Wir hoffen, dass auch für Sie einige bewegende Zeilen dabei sind. Was mich persönlich ganz besonders bewegt, darf ich Ihnen mit den folgenden Gedanken mitteilen. Ich wünsche eine interessante Lektüre!

Klimawandel-Stand

Am Samstag, dem 3. Februar, platzierten wir uns vor dem Rathaus, um mit den PassantInnen über DAS Thema der vorangegangenen Woche ins Gespräch zu kommen und ihnen Energiespartipps der GRÜNEN mitzugeben. Klimaschutz war in aller Munde, die UNO-Studie mit ihren warnenden Aussagen war gerade präsentiert worden. Die Rückmeldungen auf unseren Info-Stand waren zumeist positiv, wenn auch relativ viele pessimistische Einschätzungen der Lage geäußert wurden. Und manche meinten auch, dass die Situation sich erst noch weiter verschlimmern müsste, bevor es tatsächlich zu maßgeblichen Aktionen kommen würde.

Auch in Ried merken wir noch nichts, was darauf hindeuten würde, dass die übrigen Fraktionen dem Klimaschutz eine wesentliche Bedeutung einräumen würden. Dabei hätte es die Stadt in der Hand, als Eigentümerin die Energie Ried zu veranlassen, klimaschutzrelevante Ideen voranzutreiben. Daraus könnte sich ein zukunftsweisendes Image entwickeln, das derzeit nur in einigen kleineren Gemeinden des Bezirks erarbeitet wird.

Regionalentwicklung

Um Nachhaltigkeit ging es auch in einem Referat, das Ing. Fritz Ammer anlässlich eines Wirtschaftsempfangs der Sparkasse Ried-Haag hielt. Dieses Referat war so interessant, dass ich gerne einige Punkte daraus zitiere.

Herr Ammer hielt seinen Vortrag großteils in der Mundart, ein Zeichen für den Stellenwert, den er seiner Region einräumt.

Der Kern regionaler Entwicklung liegt für Ammer in der Zusammenarbeit. „Gemeinsam können Ziele erreicht werden, die einzelne für sich nicht erreichen könnten“, so Ammer. Das kann sich auf gesellschaftliche Gruppen oder auch Gemeinden beziehen, überall sieht er in fairer Kooperation Zukunftschancen. Er forderte auf, nachhaltige Projekte zu starten, welche auch die Jugend bewegen können, in der Region eine Zukunft zu sehen und in ihr zu bleiben.

Mit großer Vehemenz sprach er sich dafür aus, bei notwendigen Ausschreibungen Kriterien so festzulegen, dass regionale Anbieter beste Chancen hätten, Aufträge zu bekommen, ohne dabei Gesetze zu verletzen. „Leider wird hier oft zu wenig Kreativität eingesetzt“, klagt Ammer. Wo bei er unmissverständlich klar stellte, dass „nachhaltige Lebensqualität nicht zu Weltmarktpreisen“ zu erhalten sei. Er plädierte eindringlich dafür, die Wirtschaftskraft in der Region zu halten und auf diese Weise lokal Arbeitsplätze zu sichern und der Jugend Zukunft zu geben. „Schützen durch nützen ist die Devise. Leider ist dieses Bewusstsein bei vielen noch nicht vorhanden“, meinte Ammer.

Im Gespräch äußerte sich der Vortragende auch sehr kritisch zu Einkaufszentren, weil meistens rein ökonomische Kriterien zählen und der Grundsatz der Nachhaltigkeit oft verletzt werde.

Einkaufszentrum

Die Auseinandersetzung mit einem EKZ auf dem Messegelände nimmt einen wesentlichen Teil unserer Arbeit in Anspruch. Die Frage, in welcher Weise das Messegelände weiter genutzt werden soll, ist richtungsweisend für die Zukunft unserer Stadt und muss sehr gut überlegt werden. Die Schlüsselfragen lauten für uns: Kann es gelingen, neben einem Zentrum am Messegelände die Innenstadt attraktiv und lebendig zu erhalten? Welche Veränderungen sind dafür notwendig? Die von der Energie Ried in Auftrag gegebene Studie spricht ja wörtlich von wahrscheinlichen ‚Kannibalisierungseffekten‘ in der Innenstadt – eine sehr deutliche Aussage!

Genauso stellt sich aber die Frage, welche Veränderungen notwendig und gut wären, wenn KEIN Einkaufszentrum am Messegelände kommen sollte. Gelingt es der Kaufmannschaft, in Zusammenarbeit mit der Politik die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung der Innenstadt zu stellen? Ist allen klar, dass absoluter Handlungsbedarf besteht, sich zusammenzuschließen und gemeinsam neue Ziele zu entwickeln und

anzugehen? Ried muss seine zweifellos bestehende Attraktivität steigern, um für alle Altersgruppen ein BesucherInnenmagnet zu sein. Ried bringt gute Voraussetzungen für ein Gesamtkunstwerk mit, es muss aber intensiv daran gefeilt werden. Alle Betroffenen, auch die BewohnerInnen und EigentümerInnen, müssen in diesen Prozess einbezogen werden. Lesen Sie dazu auch unseren Artikel zum Thema Leitbild auf Seite 4.

Wichtig ist uns zu erkennen, dass das Innenstadt-Parkproblem langfristig nicht durch den Ankauf und das Schleifen von weiteren Gebäuden gelöst werden kann, sondern dass auch die Rieder Wirtschaft gefordert ist, kreativer zu werden. Wenn man bedenkt, wie viele MitarbeiterInnen von Betrieben täglich zentrumsnahe Kundenparkplätze verstellen und damit ihren eigenen Arbeitsplatz gefährden, weil KundInnen angeblich wegen mangelnder Parkplätze ausbleiben, dann gehört gehandelt. Welche „Zuckerln“ haben die Firmen ihren MitarbeiterInnen zu bieten?

In Zusammenhang mit dem Einkaufszentrum wird auch immer wieder die Frage nach der Zukunft einer der ältesten Rieder Institutionen gestellt:

Zukunft der Messe

Dazu gibt es immer wieder positive Stellungnahmen von verschiedensten Seiten. Wir haben den Eindruck, dass diese ziemlich halbherzig sind, und hinter vorgehaltener Hand ganz andere Töne angeschlagen werden. Klar ist aber, dass die Stadt massive Finanzmittel in die Hand nehmen muss, um die Infrastruktur – vor allem die alten Hallen – entscheidend zu verbessern, um die große Herbstmesse (ohne Volksfest) beibehalten zu können. Denn ohne diese Messe ist es laut Geschäftsführung nicht möglich weiterhin schwarze Zahlen zu schreiben.

Wo soll aber ein Einkaufs- oder Fachmarktzentrum angesiedelt werden, wenn sich alle Akteure eine „Anbindung an die Innenstadt“ wünschen? Das Gelände des Vergnügungsparks ist für eine solche Anbindung sicher nicht geeignet. Wo aber sonst, wenn auch die neuen Hallen an der Brucknerstraße weiterhin zur Verfügung stehen sollen? Diese ungeklärten Fragen veranlassen uns, laut über ein „Aus für die Messe“ nachzudenken.

Anstatt in einer Tradition zu verharren, wollen wir versuchen, über die Entwicklungspotenziale eines halben Stadtteiles zu diskutieren. Eine ganze Reihe von Projekten würde sich auf der Stelle anbieten. Wir denken an die Weiterentwicklung der Firma Team 7 oder an die Errichtung eines Sport- und Wellnesszentrums mit Hal-



Stadtrat David Demiryürek

Burgenland Teil 2: Energie-Modell Güssing

Eigentlich sollte dieser Bericht bereits in der letzten Ausgabe des Grünspechts abgedruckt werden. Aufgrund der öffentlichen Debatte um das Rieder Integrationsbüro haben wir ihn zurückgestellt und geben Ihnen, liebe Grünspecht-LeserInnen, nun die Möglichkeit, Bekanntschaft mit einer zweiten Gemeinde im südlichen Burgenland zu machen, die nach Ansicht der Rieder GRÜNEN durchaus Vorbildcharakter für Ried und seine Umlandgemeinden haben könnte.

Erinnern Sie sich noch? In der Grünspecht-Ausgabe Nr. 86 (Herbst 2006) haben wir Ihnen das kleine Dorf Bildein vorgestellt. Bildein, nahe der ungarischen Grenze gelegen, beweist seit vielen Jahren Weitblick bei Entscheidungen zur eigenen Dorfentwicklung. Mehrere Leitbildprozesse und schlüssige Ortsmarketing-Konzepte haben dem Dorf in den vergangenen Jahren Dynamik verliehen.

Neben Bildein hat für uns GRÜNE die südburgenländische Bezirksstadt Güssing einen ganz besonderen Vorbildcharakter. 1990 gelang es im Gemeinderat von Güssing einen Grundsatzbeschluss mit wirkli-



Fortsetzung von Seite 2

lenbad, Saunalandschaft, Eislaufhalle und weiteren bedarfsorientierten Einrichtungen. Ein städtebaulicher Architektenwettbewerb könnte nach dem Abstecken der Ziele – wieder geht es um ein neues Leitbild – sicher unverwechselbare Lösungen bringen.

Einbindung der Beteiligten

Grundsätzlich positiv vermerken wir die Absicht des Bürgermeisters, die Betroffenen – wie jetzt beim Thema EKZ – einzubinden und nach Lösungen zu suchen, die für alle vertretbar sind. Wie ernsthaft diese Absicht aber wirklich verfolgt wird, erkennt man daran, dass für ein Treffen im Rathaus eine einzige(!) Stunde eingeplant wurde. Um gute Ideen zu entwickeln braucht es aber Zeit. Und diese muss sich auch die Politik nehmen, weil sich sonst die übrigen Beteiligten gefrotzelt vorkommen und der Eindruck entsteht, dass ohnehin schon alles beschlossen sei und solche Treffen lediglich Alibifunktion hätten.

chem Weitblick zu fassen: 100-prozentiger Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung!

Unabhängigkeit bringt regionale Wertschöpfung

Heute, 17 Jahre nach dieser politischen Weichenstellung hat Güssing den Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung und damit den Ausstieg aus einer problematischen Abhängigkeit geschafft. Güssings Erfolg liegt in der Unabhängigkeit von allen herkömmlichen Energieversorgern bei Strom, Wärme und Kraftstoffen. Die Stadt Güssing und in weiteren Schritten die gesamte Region wird durch einheimische nachwachsende und damit erneuerbare Energieträger versorgt. Güssing ist ein im In- und Ausland viel beachtetes Projekt geworden. Wöchentlich kommen Hunderte ÖkotouristInnen, um die Energieprojekte in Güssing zu besichtigen. Die jährliche regionale Wertschöpfung beträgt mittlerweile 13 Mio. Euro. Zusätzlich wurden mehrere hundert Arbeitsplätze in Güssing geschaffen, die alle auch mit den Energieprojekten in Zusammenhang stehen.

Vier Schritte zur Unabhängigkeit

Das Modell Güssing könnte abgeändert auf beinahe jede Gemeinde in Österreich übertragen werden. Könnte aus dem Modell Güssing also auch das Modell Ried werden? Wir GRÜNE sind überzeugt davon! Doch wie könnte das funktionieren?

Schritt 1: Erhebung des kommunalen Energieverbrauchs bei Strom, Wärme und Treibstoffen

Schritt 2: Erhebung des Einsparungspotenzials in der Gemeinde

Schritt 3: Erhebung des erneuerbaren Energiepotenzials in der Gemeinde bzw. Region
Schritt 4: Ausarbeitung von umsetzbaren Projekten

Mit diesen Schritten gibt die Gemeinde einen mehrjährigen Kurs vor, um das Ziel der eigenen Energieversorgung zu erreichen. Damit kann es gelingen, dass Millionen Euro, die für Energie ausgegeben werden, nicht mehr in die Taschen der „Öl- und Gasmultis“ fließen, sondern in der Region bzw. der Gemeinde bleiben.



Güssing: Weitblick

Um auch die notwendige Professionalität zu gewährleisten, ist dafür ein Energiekonzept zu erstellen. Eine weitere notwendige Maßnahme wäre die Installation eines/er EnergiemanagerIn, welche/r die Energieversorgung der Gemeinde und der GemeindegliederInnen managen soll. Dabei wäre es insgesamt sinnvoll, wenn sich mehrere Gemeinden zu einer Energieregion zusammenschließen würden, weil dadurch ein besserer Energiemix und Synergien möglich wären. Aber das mit der regionalen Zusammenarbeit ist halt auch so eine Sache in Ried!

Es ist Zeit die Weichen zu stellen

Energieunabhängigkeit ist aber nur dann möglich, wenn die Politik in den Gemeinden entscheidende Weichenstellungen vornimmt und das Thema „Nachhaltige Energieversorgung“ als ganzheitlichen Denkansatz versteht. Ried ist von diesem Modell noch meilenweit entfernt, obwohl wir Klimabündnisgemeinde sind. Weshalb eigentlich? Was zeichnet Ried als Klimabündnisgemeinde aus? Spontan fällt mir da nicht viel ein! Und bei längerem Nachdenken auch nicht viel mehr! Bis auf wenige alternative Alibi-Projekte hat die Stadt nichts für den Klimaschutz und eine unabhängige Energieversorgung unternommen. Es gibt nicht einmal Denkmodelle in diese Richtung.

Ried hätte mit der Energie Ried, die sich zu 100% im Besitz der Stadt befindet, unheimliche Chancen alternative Energieprojekte für Ried und seine Region zu realisieren, alleine es fehlt der (politische) Wille! Und der Mut!

Ried 1988: Die Weichen falsch gestellt

Nur zwei Jahre bevor sich Güssing im Jahr 1990 für den Weg zur Unabhängigkeit von fossilen Energien entschieden hatte, fasste der Rieder Gemeinderat den Beschluss, den Betriebsumfang der Stadtwerke (heute Energie Ried) um die Gasversorgung zu erweitern. Ein schwerer Fehler, wie wir GRÜNE meinen. Erdgas weist im Vergleich zu Öl und Kohle zwar ökologische Vorteile auf, stellt aber keinesfalls eine langfristige Alternative dar, weder ökonomisch noch ökologisch. Der weltweite Energieverbrauch steigt dramatisch. Aufstrebende Wirtschaftsräume, wie z.B. der chinesische, fressen die weltweiten Ressourcen und verleihen dem fatalen Kreislauf aus Verknappung und Preisanstieg zusätzliche Dynamik. Die Energiepolitik ist an einer Weichenstellung angelangt und die Chancen waren noch nie so groß, dass auch die verantwortlichen PolitikerInnen zu handeln beginnen. Es stellt sich jetzt die Frage, in welche Richtung die Weichen gestellt werden. Unsere Vorschläge dazu sind bekannt.

Aktuelles zum Verkehr

Schutzweg Claudistraße

Vom Verkehrsausschuss wurde ein Schutzweg über die Claudistraße (Kreuzungsbe- reich Rapolterstraße) beantragt, um den Kindern aus dem umliegenden Siedlungs- gebiet den Schulweg sicherer zu gestalten. Sowohl Stadtrat und Bezirkshauptmann- schaft haben den Schutzweg bereits ge- nehmigt.

Schutzweg Salzburgerstraße

Der Verkehrsausschuss hat bei der BH Ried die Genehmigung eines Schutzweges über die Salzburgerstraße (auf Höhe des Auto- hauses Prierwasser) beantragt. Die BH wird in diesem Bereich Geschwindigkeitsmes- sungen durchführen und entsprechende Maßnahmen vorschlagen, mit denen sich dann der Verkehrsausschuss erneut zu be- fassen hat.

Schutzweg Froschaugasse (Schärdinger Tor)

Dieser Schutzweg ist für Fußgänger, die vom Rossmarkt stadtauswärts gehen, nicht ganz ungefährlich, da die Passanten nicht selten sehr spät von den KFZ-Lenkern ge- sehen werden. Der Verkehrsausschuss hat dem Stadtrat als Maßnahme die Verbrei- terung der Auftrittsflächen vorgeschlagen, was gleichzeitig eine Verschmälerung der Straßenbreite bedeutet. Damit haben die Fußgänger zukünftig etwas mehr Platz, be- vor sie die Straße queren. Die Verschmä- lerung der Straße sollte in weiterer Folge auch eine Verringerung der Geschwindig- keit mit sich bringen. Der Stadtrat hat den geplanten Maßnahmen zugestimmt.

Vorrangänderung

Kapuzinerberg/Riedauerstraße

Stadtauswärts kommt es für Fahrzeug- lenker in diesem Kreuzungsbereich immer wieder zu schwierigen Situationen, weil Linksabbieger ihr Fahrzeug bei Gegen- verkehr (von der Hohenzeller- und Haager Straße kommend) bergauf anhalten müssen. Gerade im Winter ist diese Situ- ation aber nicht unproblematisch. Insbe- sondere auch Linksabbieger, welche von der Riedauer Straße in die Haager Straße einbiegen wollen, müssen mit längeren Wartezeiten rechnen und riskieren des- halb gelegentlich gefährliche Abbiege- manöver. Vom Verkehrsausschuss wurde eine Änderung des Vorranges bei der BH



Ried beantragt. Künftig soll der Straßenzug Riedauer Straße/Kapuzinerberg Vorrang haben. Von der Landesstraßenverwaltung wird eine Verkehrszählung durchgeführt. Eine abschließende Entscheidung darüber, ob die Vorrangssituation abgeändert wird, kann erst nach dieser Zählung getroffen werden.

Kreuzung Berger-Frankenburger- Braunauer-Straße

Der Verkehrsausschuss befasst sich derzeit mit der Neuplanung dieses Kreuzungsbe- reiches. Da diese Kreuzung als sogenannte Unfallhäufigkeitsstelle ausgewiesen wird, besteht dringender Handlungsbedarf. Der Ausschuss hat vorgeschlagen, für diesen Kreuzungsbereich erste Planungsentwürfe zu erstellen. Zwei mögliche Varianten kom- men in Frage:

Variante 1: Kreuzungsumbau

Durch eine neue Verkehrsflächenauftei- lung und Optimierung der Sichtverhältnisse würde die Sicherheit zwar erhöht werden, in Sachen Verkehrsfluss wäre diese Varian- te aber kaum eine Verbesserung.

Variante 2: Errichtung eines Kreisverkehrs

Diese Variante würde klare Verbesserun- gen in den Bereichen Verkehrsfluss und Sicherheit mit sich bringen.

Der Verkehrsausschuss befürwortet die Detailplanung und Realisierung eines Kreisverkehrs in diesem Bereich. Da die Verkehrsunfälle der Landesstraße 509a (Frankenburger Straße) zugeordnet wer- den, wurden die Planungsentwürfe gemäß Beschluss des Stadtrates vom November 2006 auch mit der Bezirkshauptmannschaft und der Landesstraßenverwaltung bespro- chen. Auch von diesen Seiten wird die Pla- nung eines Kreisverkehrs befürwortet.

Leitbild NEU

Am 27. Februar 2007 haben im Rie- der Rathaus vier Beratungs-Unter- nehmen ihre Ideen und Vorstellungen für einen neuen Leitbildprozess prä- sentiert. Zu Redaktionsschluss gab es noch keine definitive Entscheidung darüber, welches dieser Unternehmen unsere Stadt auf dem Weg zu einem neuen Leitbild begleiten wird. Der Grünspecht wird Sie, geschätzte Le- serinnen und Leser, in den kommenden Ausgaben natürlich laufend über die weiteren Entwicklungen informieren.

Die Forderung der GRÜNEN nach einem neuen Leitbildprozess wurde bereits vor etwa zwei Jahren erhoben. Es erforderte schon ein beträchtliches Maß an Druck und Überzeugungskraft, um nun endlich wieder einen neuen Prozess in Gang zu setzen. Die Rieder GRÜNEN haben bereits in den Verhandlungen für das Budget 2006 die Forderung nach einem neuen Leitbildprozess erhoben. Diese Forderung wurde zwar im Budget berücksichtigt, der Be- ginn aber permanent verzögert. Grundlos, wie wir meinen. Deshalb haben wir unsere Leitbild-Forderung für den Budgetentwurf 2007 erneuert und angekündigt, dass es ohne die Umsetzung diesmal keine Zustimmung seitens der GRÜNEN zum Budget geben würde. Nur wenige Wochen nachdem das Budget 2007 beschlossen wurde, ste- hen wir nun endlich am Beginn eines neuen Leitbildprozesses.

Was verstehen wir unter einem Leitbild?

Ausgangspunkt für ein Leitbild sind Über- legungen, wie sich unsere Stadt in den nächsten 10-15 Jahren entwickeln soll. Es beschreibt die gegenwärtige Lage unserer



Stadt und formuliert verbindliche Aussagen über Ziele für die Zukunft. Und es enthält Visionen. Ein Leitbild kann als gemein- same Plattform aller Interessensgruppen (Politik, BürgerInnen, Institutionen, Behör- den, Verbände, Vereine etc.) betrachtet werden. Man kann es aber auch als eine Art geistige Leinwand betrachten, die zur Orientierung und als Handlungsgrundlage für künftige Entscheidungen dient. Ziel der Rieder GRÜNEN ist es insbesondere, dass die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung „nachhaltig“ erfolgt. Das heißt konkret, die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation zu berücksichtigen, ohne aber die Lebenschancen der nachfolgen- den Generationen zu gefährden. Die ge- meinsame Klammer eines Leitbildes ist die Verbesserung der Lebensqualität aller Bür- gerinnen und Bürger unserer Stadt. Es liegt aber nicht nur im Verantwortungsbereich der Politik, dass konkrete Maßnahmen auch umgesetzt werden. Viel mehr braucht es die Bereitschaft und den Willen aller Beteiligten, damit ein Leitbild zum Erfolg wird, und dass das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt.



Halbzeit in Linz

Drei Jahre sind schon wieder vergangen, seit Maria Wageneder als erste GRÜNE aus dem Innviertel den Sprung in den OÖ Landtag schaffte. Höchste Zeit also, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen und den LeserInnen des Grünspechts einen kleinen Einblick in ihren Polit- aber auch Privat-Alltag zu geben.

Grünspecht: Frau Landtagsabgeordnete, wie hört sich das an?

Wageneder: Ich bin gerne Politikerin. Seit meinem 14. Lebensjahr arbeite ich daran, meine Ideen für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Im Privaten, wie auch in jenen Bereichen, wo ich öffentlich mitgestalten konnte. Ich erinnere mich, mit 15 wollte ich in meinem kleinen Heimatdorf bei Amstetten das alte Feuerwehrhaus in einen Jugendtreff umwandeln. Das gelang mir damals nicht. Diese „Freizeitbeschäftigung“ konnte ich nun zu meinem Beruf machen. Grundsätzlich ist mir wichtig, dass mehr Frauen an die Schalthebel der Macht kommen, besonders in unserer Region.

GS.: Deine politische Karriere hat in Ried 1997 begonnen. Was hat sich seither politisch und privat verändert?

Wageneder: Meine Tätigkeit hat sich von der Rieder Kommunalpolitik auf ganz Oberösterreich ausgeweitet, mit meiner Schwerpunktregion Innviertel. Meine berufliche Arbeitszeit liegt heute bei etwa 60 Wochenstunden, meine Zeit für Hausarbeit reduziert sich auf ein Minimum, der Terminkalender ist dicht und die politische Themenvielfalt ist riesig. Sie erstreckt sich von Kindern, Frauen, Wohnbau, Hochwas-

ser über Landwirtschaft bis zu ganz konkreten Wünschen und Anliegen, mit denen Menschen zu mir kommen.

GS.: Was sind deine Schwerpunkte im Landtags-Team der GRÜNEN?

Wageneder: Mein wichtigster Schwerpunkt war in den letzten zwei Jahren die Erarbeitung eines völlig neuen Kinderbetreuungsgesetzes. Dieses liegt nun vor und trägt eine deutlich GRÜNE Handschrift.

GS.: Inwiefern?

Wageneder: Insofern, als ich mir davon einen Ausbau an Betreuungsplätzen erwarte und die Öffnungszeiten der Kindergärten ausgedehnt werden.

GS.: Was sind deine weiteren Zuständigkeiten?

Wageneder: Weiters bin ich zuständig für Wohnbau und Baugesetze im Allgemeinen, und dabei sehe ich mein wichtigstes Ziel in einem massiven Anstieg bei Passivhausbauten, denn die Verringerung des CO₂-Ausstoßes ohne Einbuße an Lebensqualität muss oberste Priorität haben.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit ist es, die Menschen von der Wichtigkeit biologischer Lebensmittel zu überzeugen. Diese sind nicht nur gesünder, sie schmecken auch besser. Außerdem schonen sie die Böden und bieten unseren Bauern und Bäuerinnen neue Absatzmärkte.

GS.: Mit den Stichworten „Bauern“ und „Böden“ kommen wir wieder ins Innviertel. Viele Menschen behaupten, dass das Innviertel in Oberösterreich irgendwie eine Sonderstellung einnimmt. Wie nimmst du das wahr?

Wageneder: Na ja, das Innviertel ist halt weit weg von Linz und das ist manchmal ein Nachteil bei der Besetzung wichtiger Posten. Dafür bietet die Nähe zu Bayern und die Tatsache, dass die lange gemeinsame Grenze in einem vereinten Europa keine Barriere mehr darstellt, neue Chancen.

GS.: Und Gefahren, wie man in den vergangenen Wochen an den Aktionen bayerischer Neonazis im Innviertel sehen konnte. In diesem Zusammenhang drängt sich eine provokante Frage auf: Bist du ein „Gutmensch“?

Wageneder: Nein! Dieser Begriff ist ideologisch besetzt und wird vorwiegend in

rechtspopulistischen Kreisen verwendet. Solche Begriffe polarisieren nur. Was wir brauchen, ist eine eindeutige Distanzierung von illegalen Handlungen und von zweideutigen Andeutungen. Und wir müssen den jungen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Chancen für eine gute Zukunft bieten, wir müssen sie integrieren. Dies liegt – aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen – auch in unserem eigenen Interesse.

GS.: Wenn man in früheren Zeiten oft lesen konnte, dass hinter einem erfolgreichen Politiker eine starke Frau stehe, stellt sich die Frage, ob das auch umgekehrt stimmt.

Wageneder: Grundsätzlich haben Frauen kaum Vorbilder in leitenden Positionen. Sie erhalten auch zu wenig Ermutigung und Unterstützung, um solche anzustreben. Ich bin für gegenseitige partnerschaftliche Unterstützung. Mein Mann und ich vereinbaren beispielsweise jeden Sonntagabend, wer an welchem Tag der folgenden Woche für unseren achtjährigen Niklas da ist. Das betrachte ich als Zeichen gemeinsamer Stärke.

GS.: Gemeinsam stark fühlen sich auch ÖVP und GRÜNE in Oberösterreich. Dies ist die Überleitung zu einem Word-Rap. Was fällt dir zum Abschluss spontan ein zu Schwarz-GRÜN? Zwei Parteien und eine faire Zusammenarbeit Haider Erich? Oft populistisch Ort? Besser ohne „Einkaufsdorf“ Frauenpower? Bin stolz auf Frauennetzwerk 3

Frauenhaus? Leider unverzichtbar Einkaufen? In Ried

Erfolg? Lohn für die Arbeit

Niederlage? Daraus kann frau lernen

Drei Bier? Scharfe Abgrenzung zum rechten Rand besonders im Innviertel wichtig Klimawandel? Größte Sorge unserer Zeit LEADER? Gemeindeübergreifende Kooperation

2009? Vieles für die Menschen in Oberösterreich bewegt

GS.: Danke für das Gespräch und alles Gute für die Zukunft!

Wenn Frauen der Schuh drückt

Frauen für Frauen, gepaart mit Vernetzung und Solidarität auch mit den Männern, so lautet das Motto des überparteilichen Vereins Frauennetzwerk 3 (FNW 3).

Die Aktivitäten dieses Vereins ruhen im wesentlichen auf drei Säulen:

- Individuelle Beratung von Frauen in Fragen des Berufes, der Weiterbildung, aber auch bei persönlichen oder familiären Angelegenheiten in unseren Büros.
- Vernetzung wichtiger AkteurInnen, Gruppen und Institutionen, um durch diese Kontakte gemeinsam die Chancengleichheit für Frauen zu erhöhen.
- Öffentlichkeitsarbeit, um Bewusstsein im Sinne der gleichen Lebenschancen für Frauen zu bilden und zu schärfen und um die Beratungs- und Bildungsangebote bekannt zu machen.

LAbg. Maria Wageneder vertritt die GRÜNEN im Vereinsvorstand.

Das Büro des FNW 3 (Fr. Gerlinde Zdralek, li., und Fr. Evelyn Leitner, re.) ist in Ried unter 07752 / 71562 zu erreichen.



Integrationsleitbild für OÖ - Teil 2

Seit Jahren gibt es kein politisches Thema, das so emotional besetzt ist, wie das sogenannte „Ausländerproblem“. Doch Politik auf Basis von Emotionen führt langfristig zu Verhärtung, Hass und Angst. Das nützt wenig, schadet aber vielen.

Um dieses Thema zu versachlichen, hat sich das Land OÖ entschlossen, ein Integrationsleitbild zu erarbeiten. Wissenschaftlicher Leiter dieses Prozesses ist der Sozialwissenschaftler Kenan Güngör. Als Grundlage wurde vom Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der UNI Linz der „Integrationsbericht 2006“ erstellt. Aus diesem Werk veröffentlichten wir im letzten Grünspecht Daten über die demographische Entwicklung in OÖ, über die Verteilung von „Menschen mit Migrationshintergrund“ auf Gemeinden und Bezirke, Daten über deren Herkunft, Umgangssprache und Geburtsland sowie Alter, Geschlecht und Religionszugehörigkeit. Diesmal liefern wir Ihnen, werte LeserInnen, Informationen zu den Themen Integration – Arbeit – Bildung. Vielleicht kann dies ein wenig beitragen zu mehr Verständnis für Maßnahmen, die beide Seiten, die Mehrheits- und die Minderheitsgesellschaft, zusammenführen sollen.

Integration und Arbeit

Erwerbsarbeit hat neben der ökonomischen Funktion auch die Aufgabe der Integration in die Gesellschaft. Sie fördert die gesellschaftliche Teilhabe. Bei Arbeitslosigkeit ist es genau umgekehrt.

Ganz allgemein kann festgestellt werden, dass Zugewanderte vorwiegend in Niedriglohnbranchen arbeiten, die eine geringe Qualifizierung verlangen, niedrige Aufstiegschancen bieten, stark physisch belasten und die von höherer Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind. Seit Beginn der 90er Jahre besteht eine Kluft zwischen der Arbeitslosenquote der InländerInnen und jener der AusländerInnen, und in Zeiten der zunehmenden Arbeitslosigkeit verstärkt sich diese Entwicklung. Und besonders stark stieg in den letzten Jahren die Zahl arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener an, verbunden mit Auswirkungen auf Erwerbs- und Armutsgefährdungsquote. Diese ist bei den türkischen StaatsbürgerInnen besonders hoch. Hauptursache: die geringe Beschäftigungsquote bei den Frauen. Ein Alleinverdienerhaushalt mit niedrigem Einkommen und mehreren Kindern ist eben stark armutsgefährdet. Was tun?

Da mangelnde Deutschkenntnisse und niedriger Bildungsstand der MigrantInnen eine große Barriere bedeuten, empfiehlt die Studie, verstärkt Akzente im Bereich der Erwachsenenbildung zu setzen. Zugewanderte Frauen sollen als eigene Zielgruppe

besonders unterstützt werden. Aber auch die mangelnde Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen führt oft zu Benachteiligungen.

In Bezug auf Rechte sollte das Bewusstsein für Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt, in der Öffentlichkeit und in Unternehmen gefördert werden.

Bei der Förderung des UnternehmerInnen-tums von MigrantInnen soll die Unterstützung durch die Wirtschaftskammer ausgebaut werden, denn während österreichweit knapp zehn Prozent am Erwerbstätigen selbständig sind, liegt der Anteil bei Personen, die keine Staatsbürgerschaft eines EU-Staates haben, bei lediglich 3,5%.

Integration und Bildung

Bildung ist ein wesentlicher Aspekt für alle Menschen, um in die Gesellschaft integriert zu sein. Der Bildungsstand der nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen ist in OÖ wie in Gesamt-Österreich niedriger als jener der österreichischen. Da die Zugewanderten überdurchschnittlich jung sind, befindet sich ein vergleichsweise höherer Anteil in den Pflichtschulen, wobei ein hoher Prozentsatz in den Sonderschulen besonders auffällt. Seit ein paar Jahren ist hier jedoch eine Verringerung zu beobachten, die vor allem durch die vermehrte Einrichtung von Integrationsklassen und durch sprachliche Förderung in den ersten Schuljahren erreicht wurde.

Die Sprache ist bekanntlich das zentrale Mittel, um Beziehungen zur Umwelt aufzubauen und diese zu verstehen. Über Sprache bildet das Kind seine Identität aus und entwickelt seine Persönlichkeit. Die nicht vorhandenen Kenntnisse der Verkehrssprache Deutsch sowie für die Mehr- und Minderheitsgesellschaft wechselseitig unbekanntes Lebensmuster stellen eine Barriere dar und können oft zu gegenseitiger Ablehnung führen. Ein enger Kontakt erfolgt dann nur in Bereichen, wo es notwendig ist, etwa in der Schule oder im Beruf. Hier beginnen die Schwierigkeiten für die Kinder und Jugendlichen, die sich in der Schule und in der Gesellschaft zurechtfinden sollen, da es im Alltag zu wenige Möglichkeiten gibt Deutsch zu lernen.

Tatsache ist, dass Kinder mit Migrationshintergrund ein zusätzliches und flexibles Bildungsangebot benötigen, um ihnen Chancengleichheit zu gewährleisten. Die auf den folgenden drei Pfeilern beruhende moderne Bildungs- und Sprachpolitik stellt ein solches Angebot dar.

Interkulturelles Lernen

Ziel dieses in allen allgemein bildenden Schulen gesetzlich verankerten Unterrichtsprinzips ist, dass sich die SchülerInnen mit Akzeptanz, Respekt und Achtung gegenüber treten und dies im Umgang mit

Menschen aus anderen Kulturen auch leben.

Bilinguale Erziehung

Zweisprachigkeit hat zum Ziel, die doppelte Benachteiligung der SchülerInnen (ethnische Herkunft und niedriger sozialer Status) zu kompensieren und Chancengleichheit zu erreichen. Studien haben ergeben, dass damit auch positive Auswirkungen auf analytische Fähigkeiten, auf die soziale Intelligenz und auf Fähigkeiten im kreativen Bereich verbunden sein können.

Muttersprache bzw. Erstsprache

Es ist für die Entwicklung des Kindes von großer Bedeutung, die jeweilige Muttersprache weiter zu erlernen, da eine Unterbrechung dieses Spracherwerbsprozesses auch negative Auswirkungen auf die Entwicklung allgemeiner kognitiver Fähigkeiten hat. Im Schuljahr 2004/05 wurde in OÖ übrigens an insgesamt 218 Schulen muttersprachlicher Unterricht angeboten und von den knapp 4.000 teilnehmenden SchülerInnen besuchten 2.000 Bosnisch/Kroatisch/Serbisch und 1.400 Türkisch.

Bei der Erwachsenenbildung muss man zwischen zwei Bereichen unterscheiden, den Deutschkursen und den allgemeinen Weiterbildungsmöglichkeiten. Während bei den Deutschkursen viele Institutionen Kurse anbieten, gibt es bei den allgemeinen Weiterbildungsmöglichkeiten keine speziellen Programme. Doch ebenso wie der Übergang von der Schule in den Beruf besondere Unterstützungsmaßnahmen erfordert, soll der Zugang der Erwachsenen zu berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildungseinrichtungen erleichtert werden. Und von den Mitgliedern der Minderheitsgesellschaft muss dieses Angebot erkannt und genutzt werden, um das Bildungsniveau Schritt für Schritt zu erhöhen und vermehrte Aufstiegschancen nutzen zu können.

Wie wichtig umfassende Förderungs- und Integrationsmaßnahmen für zugewanderte Menschen wären, zeigen auch Wirtschaftsberichte der OÖN vom 23. und 31.1.2007. Demnach fehlen den oberösterreichischen Gewerbe- und Handwerksbetrieben schon jetzt über 10.000 Arbeitskräfte, und infolge der demographischen Entwicklung wird die Situation laut Günther Pitsch, dem Obmann der Sparte Gewerbe und Handwerk in der oö Wirtschaftskammer, in zwei Jahren „dramatisch“. Und der Arbeitsmarktforscher Helmut Mahringer vom Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo empfiehlt neben der Erhöhung der Frauenerwerbsquote – bei Ausweitung der Kinderbetreuungseinrichtungen – die Verbesserung innerbetrieblicher Bildungsmaßnahmen für MigrantInnen.

Angst ist jedenfalls ein schlechter Berater. So fürchtete Österreich vor der EU-Osterweiterung von Arbeitskräften aus den neuen EU-Staaten überrannt zu werden und verhandelte eine siebenjährige Übergangsfrist aus. Ergebnis laut OÖN: „Die fähigsten

Fahr nicht fort!

Kauf im Ort! Wer erinnert sich nicht an diesen Slogan aus der „guten alten Zeit“?

Geht es nach dem Wunsch der Betreiber eines geplanten „Einkaufsdorfes“, so könnte es bald lauten „Fahr nicht fort, kauf IN Ort!“. Und ausgestattet mit dem Argument, auf diese Weise würde der Kaufkraftabfluss in Richtung Linz und nach Bayern gestoppt werden, hoffen sie auf behördliche Genehmigung. Woran sie nicht denken, ist die Auswirkung auf die über Jahrhunderte gewachsene Struktur des Innviertels.

Umso wichtiger ist es, diese Zusammenhänge ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken.

Auch wenn es oft schwer fällt, sich mit der Kaufmannschaft der jeweiligen Städte zu solidarisieren, da sich – selbst in Zeiten des Klimawandels – deren Hauptforderung meist auf die Schaffung weiterer Parkplätze beschränkt, so ist dennoch wahr, dass die Plätze dieser Städte zu den Top-Attraktionen der Region zählen und deren Verödung weitreichende Folgen hätte.

All dies könnte auch Inhalt eines LEADER-Arbeitskreises sein, jenes EU-Förderprogrammes zur Entwicklung des ländlichen Raumes, an dem sich fast alle Innviertler Gemeinden – nach längerem Nachdenken auch Ried – beteiligen. Doch LEADER beschäftigt sich nicht mit dem Innviertel als klar abgegrenzten Raum, sondern zerlegt diesen in acht(!) sogenannte LEADER-Regionen, vom Mattigtal bis zum Sauwald. Mögen darin auch interessante Klein-Projekte verwirklicht werden, der Blick für das Ganze geht so verloren.

Fortsetzung von Seite 6

Arbeitskräfte, die es aus den neuen in die alten EU-Länder zog, arbeiten heute in Irland und Großbritannien. Und Österreich lechzt nach Fachpersonal.“

Dass die derzeitige Situation für alle Beteiligten unbefriedigend ist, meint auch Dietmar Mascher in seinem Kommentar „Integrieren“ und er fordert von staatlicher Seite „ein ganzheitliches Integrationskonzept, das alle Aspekte – vom Einwandern über das Wohnen bis zum Arbeiten – berücksichtigt“. Doch leider regiert in Österreich Rot-Schwarz und nicht wie in OÖ Schwarz-GRÜN. *Dr. Wolfgang Pirker*

Innviertler Nazitreffen

Es sind die „Fremden“, die das Innviertel in Verruf bringen! Aus Wels kommen sie wegen der Demo nach Ried, aus Bayern wegen der Disco nach Antiesenhofen. Und in der Zeitung steht „Innviertler Nazitreffen“. Dabei liebt der Innviertler nichts mehr als die Ruhe. Und ein Bier. Oder zwei. Und am Aschermittwoch, bei Strache, auch drei.

Unser Top-Tipp: Mitfahren

Für all jene, die einen Beitrag zur Senkung des CO₂ Ausstoßes auf Österreichs Straßen leisten wollen oder einfach Spritkosten sparen möchten, gibt es jetzt: www.drivetogether.at.

DRIVETOGETHER.AT ist eine unabhängige, offene Plattform zur Koordination von Mitfahrgelegenheiten, die von 2 Absolventen der HTL Braunau entwickelt wurde. Das Angebot erstreckt sich über ganz Österreich und richtet sich vor allem an StudentInnen und PendlerInnen.

Die Plattform hat einiges mehr zu bieten als andere Mitfahrbörsen. Ein umfangreiches System erlaubt die direkte Koordination von Mitfahrmöglichkeiten.

Hat man eine passende Mitfahrgelegenheit gefunden, kann man auch sofort

Kontakt mit dem Anbieter aufnehmen. DRIVETOGETHER.AT kümmert sich auch speziell um die weiblichen Userinnen, vor allem in puncto Sicherheit: Für alle Angebote existieren eigene Profile mit Foto und Informationen.

Das wesentlichste „Sicherheitsmerkmal“ ist jedoch die FahrerInnenbewertung. Pro MitfahrerIn und Fahrt gibt es eine Bewertung. Darüber hinaus lässt sich auch ein kurzer Kommentar zur Fahrt selbst eingeben.

Die Plattform soll Mitte März aktiv werden, erlaubt aber jetzt schon einen guten Überblick über die vielfältigen Features und eine Anmeldeöglichkeit.

Gerade wenn der öffentliche Verkehr mehr und mehr ausgedünnt wird, finden wir es wichtig, dass es solche Angebote gibt. Nutzen Sie sie!

Bachwanderung am 14. April 2007

Zu einer beliebten Tradition hat sich die GRÜNE Familien-Bachwanderung entwickelt, die heuer am 14. April stattfindet. Die Begleitung ist wie immer hochprominent, ein Juwel an der Antiesen in Tumeltsham und Aurozlmünster wird erkundet.

Wieder warten eine ganze Reihe von ExpertInnen auf die Fragen junger und älterer Neugieriger. Neben dem Algenspezialisten Prof. Rupert Lenzenweger, dem Flechtenexperten Dr. Gerhard Neuwirth, den Ornithologen Mag. Heinrich Hable, Fritz Burgstaller und Karl Billinger sowie dem Botaniker Michael Hohla ist diesmal auch Johanna Samhaber, Vogelspezialistin aus St. Marienkirchen, mit dabei. Vom Kindergarten in Tumeltsham geht es die Antiesen abwärts und wieder retour „Diese kleine Gebiet ist

ein Juwel und ganz in der Nähe von Ried. Es ist mir ein besonderes Anliegen, immer wieder solche nahe gelegenen Schätze einem interessierten Publikum vorzustellen“, meint Organisator Max Gramberger von den Rieder GRÜNEN. „Auch manchen Einheimischen ist dieser wunderschöne Flecken unbekannt“, ergänzt Max Diermayr von den GRÜNEN Tumeltsham. Die Anfahrt von Ried aus kann auch in einer Radgruppe erfolgen, die sich schon um 13.30 Uhr beim Gasthof Rieder Wirt trifft. Auch Gratis-Transfers werden angeboten. Für diese bitte unter Tel. 07752/86808 anmelden (Max Gramberger). Die Wanderung selbst beginnt um 14 Uhr, die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung nicht erforderlich, sie findet bei (fast) jeder Witterung statt.



Bachwanderung 2006 am Aignerbach, Tumeltsham

Die Grüne Landesseite

Klimawandel braucht Klimaschutzoffensive durch Energiewende:

Grüne Rezepte gegen die drohende Klimakatastrophe



FOTO: GRÜNES-ARCHIV

Kein wirklicher Winter, Orkane, die Schäden in dreistelliger Millionenhöhe anrichten, Pflanzen, die in der ersten Jännerhälfte blühen – das Wetter und die Natur spielen „verrückt“. Oder ist es nicht doch der Mensch, der an allem schuld ist?

Tatsache ist: Es wird immer wärmer. Die Verbrennung von Erdöl, Erdgas und Kohle erzeugt Treibhausgase, die unser Klima aufheizen. Die zehn wärmsten Jahre seit Beginn der meteorologischen Aufzeichnungen traten alle nach 1989 auf. KlimaforscherInnen warnen vor den dramatischen Folgen des Klimawandels. Die Häufung von Hochwasserkatastrophen in Europa oder die verheerenden

Hurrikans in der Karibik waren erst der Anfang. An schneelose Winter werden wir uns gewöhnen müssen, wenn nicht gehandelt wird. Der Schaden für den Wintertourismus wäre enorm.

Die Zeichen stehen auf Sturm: Eine aktuelle Studie der EU-Kommission prognostiziert Dürre-Katastrophen, zehntausende Hitze- und Kältetote sowie drastische Folgen für die Wirtschaft, wenn die Treibhausgasemissionen nicht drastisch reduziert werden. Eine Studie der britischen Regierung vergleicht die Folgen des Klimawandels gar mit den Auswirkungen der Weltkriege und der Wirtschaftskrise in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wenn es nicht gelingt,

den Klimawandel aufzuhalten, schmelzen die Gletscher und der Meeresspiegel steigt. Hitzeperioden und Überschwemmungen nehmen dramatisch zu.

Klimaschutz ist auf der politischen Agenda in die Top-Themen aufgerückt, die notwendigen Maßnahmen wurden bis heute nicht eingeleitet. Stattdessen will die EU-Kommission durch den Ausbau der Atomkraft in Europa das Atomrisiko erhöhen. Österreich ist EU-Schlusslicht beim Klimaschutz. Oberösterreich steht nicht viel besser da. Hauptschuldiger: der Verkehr im Allgemeinen und der motorisierte Individualverkehr im Besonderen. Dabei liegen die Lösungen längst am Tisch.

Die Energiewende ist der Schlüssel.

Erneuerbare Energien aus Sonne, Wind und Holz können Öl, Gas und Kohle ersetzen. Große Einsparpotenziale können ohne Komfortverlust genutzt werden. Energieeffizienz heißt das Zauberwort. Eine gute Wärmedämmung senkt den Heizbedarf um bis zu 95 Prozent. Und: Verwirklichung des Gesamtverkehrskonzepts in Oberösterreich samt raschem Ausbau des Öffentlichen Verkehrsnetzes mit dichtem Taktverkehr.

Die Grünen haben ein umfassendes Programm für eine Energiewende in Österreich und Europa erarbeitet.

Nähere Infos unter:

>> www.gruene.at/energiewende/energiewende_programm/

Kommentar

Wer zahlt, schafft an, oder?

Wer zahlt, schafft an, heißt es normal. Diese Regierung sieht das anders: Die wenigen konkreten Projekte, die im Regierungsübereinkommen festgeschrieben sind, werden entweder durch Steuererhöhungen finanziert, oder die Finanzierung ist überhaupt noch offen. Zu befürchten ist, dass vor allem die Länder und Gemeinden zum (finanziellen) Handkuss kommen und die Regierung sich quasi „abputzt“. Von Reformen oder Einsparungen ist wenig bis nichts zu hören, Zukunftsprojekte wie Bildungs- oder Klimaschutzoffensive wurden gleich ausgeklammert. Diese große Koalition ist eine gefährliche Drohung, Stillstand statt Aufbruch scheint das Motto von Gusenbauer, Molterer & Co. zu sein.



FOTO: SPÖCKER/DIE GRÜNEN

Generationenwechsel im Landtagsklub

Sachlich und reibungslos: So ging der Generationenwechsel im Grünen Landtagsklub vor sich. Der Ottnanger **Gottfried Hirz** übernahm knapp nach der Hälfte der Legislaturperiode von **Gunther Trübswasser** die Leitung des fünfköpfigen Klubs. Hirz' neue Stellvertreterin ist **Ulrike Schwarz** aus Berg

bei Rohrbach. Trübswasser bleibt natürlich Landtagsabgeordneter und widmet sich in Zukunft verstärkt seinen Themen Budget, Kultur, Chancengleichheit, Menschenrechte und Barrierefreiheit. Von Hirz übernimmt er das Verkehrsressort.

Foto: Schwarz, Trübswasser, Hirz (v.l.)